

PRESSEMITTEILUNG

Radebeul, September 2021

Hitzeaktionsplan für Radebeul

Extremwetterereignisse nehmen zu. Das zeigen für Deutschland die Daten des Deutschen Wetterdienstes, das bestätigen auch die Erhebungen des Landesamtes für Umwelt und Geologie für Sachsen.

Auch wenn es bis Ende August 2021 so viel geregnet hat wie sonst im ganzen Jahr, der Grundwasserspiegel liegt dennoch unter dem langjährigen Mittel. Mehrjährige Beobachtungen auch im Elbtal zeigen: Die Zahl der heißen Tage im Sommer nimmt zu, gleichzeitig gehen die Frosttage im Winter zurück. Gleichzeitig kommt es zu mehr Extrem-Wetterereignissen: Auf eine Anzahl von Tagen mit extremer Hitze folgen Unwetter mit sturzflutartigen Niederschlägen. Oder umgekehrt: Während der Elbepegel im Sommer 2002 mehr als 9 Meter erreichte und die Anwohner im Schlamm versanken, machte nur wenige Meter weiter schon wieder unangenehme Hitze zu schaffen. „Normal“ ist das nicht. Doch werden wir uns daran gewöhnen müssen. Auch in Radebeul!

Für den Stadtrat Innocent Töpfer Grund, für seine Fraktion Bürgerforum.Grüne.SPD die Aufstellung eines Hitze-Aktionsplans zu beantragen.

„Der Klimawandel ist längst im Gang. Neben der weltweiten Bündelung aller Anstrengungen für einen wirkungsvollen Klimaschutz, dürfen wir auch notwendige Anpassungen an Klimawandelfolgen vor Ort nicht vergessen. Nicht zuletzt mein Einsatz im unfassbar zerstörten Ahrtal hat mir gezeigt, dass wir den fortschreitenden Klimaveränderungen auch lokal Rechnung tragen müssen – jetzt!“, begründet Töpfer, als langjähriger Kenner des Bevölkerungsschutzes beim DRKeVa, sein Engagement.

Der Antrag fordert binnen Jahresfrist die gemeinsame Aufstellung eines Hitzeaktionsplans zum Schutz der menschlichen Gesundheit gemäß den Handlungsempfehlungen des Bundesumweltministeriums (BMU) aus 2017. Gemeinsam heißt: Durch eine Arbeitsgruppe aus Stadtrat, Verwaltung, Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft und berufenen Expert*innen.

„Nach den Elbehochwässern 2002 und 2013 wurde viel gegen weitere derartige Ereignisse unternommen“, so Töpfer, „gegen Hochwasser sollten wir gewappnet sein; nicht jedoch gegen die auch bei uns zunehmende Hitze, unter der besonders Kinder sowie älter werdende Einwohner leiden“, sagt Töpfer.

Die Fraktionsvorsitzende Eva Oehmichen unterstreicht das Anliegen: „Bevor wir wissen, wo und wie wir in der Lößnitzstadt anpacken können, sollten wir erst mal einen

Plan haben. Die Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden können uns dabei helfen.“ Das könne ein Informationssystem sein für alleinlebende ältere Menschen und andere Vorsorge. Das BMU fördert – insbesondere soziale Einrichtungen – mit Anpassungsmaßnahmen gegen Folgen des Klimawandels. Frau Oehmichens Anregung: Mehr Trinkbrunnen im öffentlichen Raum. „Radebeul hat traditionell viele Brunnen und Borne, die einst angelegt wurden zur Versorgung der Weinberge oder zum Speisen von Wasserspielen in Herrenhäusern wie Wackerbarths Ruh. Aber ohne die Initiative des Bilzbundes hätten wir keinen einzigen Trinkbrunnen.“ Dieser eine steht seit 2017 an der Kreuzung Augustusweg und Eduard-Bilz-Straße.

Aus der Antragsbegründung:

- Sommerlich hohe Lufttemperaturen bergen für Mensch und Umwelt ein enorm hohes Risiko. Der Klimawandel führt nachweislich vermehrt zu extremer Hitze am Tag und in der Nacht. Dadurch können sich die gesundheitlichen Risiken für bestimmte Bevölkerungsgruppen erhöhen. Für die Gesundheit von besonderer Bedeutung sind Phasen mit mehrtägig anhaltender, extremer Hitze.
- Ein „Heißer Tag“ ist definiert mit einer Temperatur oberhalb von 30 Grad Celsius (°C) und einer Nacht, deren niedrigste Temperatur 20 °C nicht unterschreitet. In unserer Region nehmen solche Tage und Nächte deutlich zu.
- Seit 2017 bestehen für Deutschland Handlungsempfehlungen für Hitzeaktionspläne. Kommunen haben dabei eine hohe Verantwortung, da sie viele Faktoren direkt beeinflussen können. Die Empfehlungen sind angelegt an eine WHO-Leitlinie mit den Kernelementen: Zentrale Koordinierung und interdisziplinäre Zusammenarbeit, Nutzung eines Hitzewarnsystems, Information und Kommunikation, Reduzierung von Hitze in Innenräumen, Beachtung von Risikogruppen, Vorbereitung der Gesundheits- und Sozialsysteme, Langfristige Stadtplanung und Bauwesen.
- Ende 2019 mahnte der Präsident der Bundesärztekammer Klaus Reinhardt: „Der Klimawandel und speziell Perioden großer Hitze stellen für die deutsche Bevölkerung ein akutes Gesundheitsrisiko dar. Die Häufigkeit, Dauer und Intensität von Hitzewellen wird künftig weiter zunehmen“. Er forderte daher Länder und Kommunen dazu auf, Maßnahmenpläne zu entwickeln.